

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39  
Telex: 08 88 846-48 ppbn d



## Inhalt

Alfons Pawelczyk MdB unterstreicht anlässlich des NATO-Jubiläums die Gleichgewichtigkeit von Entspannungspolitik und militärischer Sicherheit.  
Seite 1-3

Peter Reuschenbach MdB zieht eine positive Zwischenbilanz der Umweltschutzmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen.  
Seite 4/5

Hans Krollmann MdL, hessischer Kultusminister, betont die Bedeutung des Geschichtsunterrichts in den Schulen.  
Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

34. Jahrgang / 65 / 3. April 1979

Europa ist die stabilste Region der Welt

Zum 30jährigen Bestehen der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstungsfragen

Vor 30 Jahren, am 4. April 1949, wurde die Nordatlantische Allianz gegründet. Dieser Gründung folgten drei wesentliche Neuorientierungen europäischer Nachkriegspolitik.

1. Die gegen Deutschland gerichtete Zielsetzung des am 17. März 1948 unterzeichneten Brüsseler Vertrages wurde hinfällig.
2. Durch die Einbeziehung der Vereinigten Staaten in das europäische Sicherheitsgeflecht wurde aus einem regionalen Beistandspakt (Brüsseler Vertrag) eine Atlantische Gemeinschaft, in die 1952 Griechenland und die Türkei und 1955 die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wurden.
3. Durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO wurde der Sicherheit durch Integration in die Nordatlantische Allianz endgültig Vorrang vor der Wiedervereinigung gegeben.

Für die Sicherheitspolitik der Allianz sind heute und in Zukunft zwei Grundsatzentscheidungen aus dem Jahre 1967 von herausragender Bedeutung:

1. die Strategie der flexiblen Antwort,
2. die Verabschiedung des Harmel-Berichts im Bündnis.

Die Harmel-Konzeption besagt, daß Sicherheit nicht allein durch verteidigungspolitische Anstrengungen gesucht, sondern durch die Verbesserung der Sicherheitslage gleichzeitig und gleichgewichtig auch durch Entspannungspolitik erreicht werden soll. Die politische Funktion der Atlantischen Allianz hat auf der Basis des Harmel-Berichts an Bedeutung gewonnen.

Mit dieser Konzeption konnte

- die Bündnissolidarität gefestigt,
- der Dialog mit dem Warschauer Pakt intensiviert und
- Europa zur stabilsten Region der Welt entwickelt werden.

Es ist unwahrscheinlich geworden, daß Europa Ausgangspunkt einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung wird. Wir haben allen Grund, an dieser Konzeption festzuhalten. Wir treten deshalb den Kräften entschieden entgegen, die die Entspannungspolitik für gescheitert erklären. Es grenzt an mutwillige Beschädigung unserer Sicherheitsinteressen, wenn diejenigen, die seit 1969 große Anstrengungen für die militärische Sicherheit im Bündnis unternommen haben, ins Zwielficht gerückt werden, weil sie - dem politischen Sicherheitskonzept der NATO entsprechend - gleich große Anstrengungen für Rüstungskontrolle und Abrüstung unternehmen.

Die Kräfte, die heute gegen die Gleichwertigkeit von Verteidigungsanstrengungen und Entspannungspolitik polemisieren, haben

- in den 50er und frühen 60er Jahren den Anschein erweckt, als ob ihnen an der Mitverantwortung über Nuklearwaffen liegt,
- im Jahre 1975 im Bundestag gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffensperr-Vertrag gestimmt,
- und heute dazu aufgefordert, daß die Bundesrepublik die Alleinträgerschaft für neue nukleare Mittelstreckenwaffen in Westeuropa übernehme, falls die westeuropäischen Bündnispartner eine Mitbeteiligung ablehnen.

Das Signal von Reykjavik aus dem Jahre 1968 über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierung (MBFR) und die Bereitschaft, in vorbereitende Gespräche über eine europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) einzutreten, waren erste konkrete Ergebnisse der auf Verteidigungsfähigkeit und Entspannungspolitik beruhenden Sicherheitspolitik. Die Anfangserfolge wurden zielstrebig ausgebaut. Die KSZE-Schlußakte von Helsinki ist heute eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Beziehungen aller europäischen Staaten unter Beteiligung der USA und Kanadas.

Es bleibt ein vorrangiges sicherheitspolitisches Ziel, nach Wegen zu suchen, die geeignet sind, die vorhandene Sicherheit auf niedrigerem militärischen Niveau zu sta-

billisieren. Nationale Alleingänge darf und wird es dabei nicht geben. Innerhalb des Bündnisses hat jedoch die Bundesrepublik eine besondere Anregerfunktion, weil sie aufgrund ihrer geographischen und politischen Lage in besonderem Maße vom Erfolg oder Scheitern dieser Politik betroffen ist.

Bei der Rüstungskontrollpolitik sind unsere Bemühungen besonders gerichtet auf

- die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Bereich der Mittelstreckenwaffen,
- die Reduzierung von konventionellen militärischen Kräften in Mitteleuropa durch den Abschluß eines ersten MBFR-Abkommens und
- die weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen allen KSZE-Staaten durch sorgfältige Vorbereitung der zweiten KSZE-Folgekonferenz im Herbst 1980 in Madrid.

Gleichzeitig müssen weiterhin die Maßnahmen getroffen werden, die die Glaubwürdigkeit der Abschreckung sichern. Die Strategie der flexiblen Antwort bildet dafür nach wie vor den geeigneten Rahmen.

Zur Zeit wird innerhalb der NATO auf hoher militärischer Ebene (High-Level-Group) untersucht, welche verteidigungspolitischen Maßnahmen zweckmäßig sind, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung auch in den 80er Jahren zu gewährleisten. Parallel dazu wird zum ersten Mal eine Arbeitsgruppe die rüstungskontrollpolitische Seite des Problems untersuchen. Die Ergebnisse beider Untersuchungen werden die Grundlage für politische Entscheidungen sein.

Damit hat die NATO eine Entscheidung getroffen, die dem Warschauer Pakt signalisiert, daß wir auch weiterhin bereit sind, die Sicherheit Europas durch verteidigungs- und entspannungspolitische Maßnahmen auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren. Der Warschauer Pakt hat im letzten Jahr wiederholt erklärt, daß er den Grundsatz der NATO: Militärische Sicherheit durch ungefähre Parität auf niedrigerem Niveau teilt. Er muß jetzt durch präzise Angebote, insbesondere bei MBFR und im nuklearen Mittelstreckenbereich, beweisen, daß auch er konkrete Ergebnisse wünscht.

(-/3.4.1979/bgy/lo)

**"Blauer Himmel über dem Revier"?**  
-----

Ruf und Wirklichkeit des Umweltschutzes an der Ruhr

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages

Smog-Alarm und Ergebnisse von Reihenuntersuchungen im Revier haben die Vorurteile gegen diese Landschaft bundesweit wieder mobilisiert. Das offenbar unausrottbare Image eines "verrußten und verdreckten Landstriches" ist nicht nur ärgerlich und falsch, sondern vor allem dringend erforderlichen Strukturverbesserung abträglich. Neue Betriebe und beruflich qualifizierte junge Menschen zieht es angesichts einer solchen Landschaftsbeschreibung kaum an die Ruhr.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Vor allem: Nirgendwo ist der Kampf gegen Umweltbelastungen entschlossener aufgenommen worden als im Herzen Nordrhein-Westfalens (NRW):

- NRW erläßt Anfang der 60er Jahre als erstes Bundesland über die Bundesregelung hinausgehend in einem Landes-Immissionsschutzgesetz weitere Regelungen für die Luftreinhaltung und den Lärmschutz;
- NRW richtet mit der Gründung der Landesanstalt für Immissionsschutz im Jahre 1963 ein Sachverständigeninstitut ein, das für die Bereiche der Luftreinhaltung und des Schutzes vor Geräuschen und Erschütterungen als das größte in Europa gelten kann;
- NRW betreibt seit 1964 ein Smog-Warnsystem zur Gefahrenabwehr bei kritischen Wetterlagen;
- NRW betreibt seit 15 Jahren die umfassendste, flächendeckende Luftüberwachung (Immissionskataster), die bezüglich der zusammenhängenden Flächengröße und der Intensität ohne Parallele in der Welt ist;
- NRW leitet Mitte der 60er Jahre ein Programm zur Beseitigung des "Braunen Rauchs" aus Thomas-Stahlkonvertern ein und setzt mit Verbesserungsprogrammen für Zementwerke, Dampfkraftwerke, Kokereien, Erzinteranlagen und Kupolöfen erhebliche Emissionsminderungen für Staub und Schwefeldioxid durch;
- NRW läßt ab 1965 als erstes Bundesland die häuslichen Ölfeuerungen überwachen und reduziert den Anteil schlecht eingestellter Anlagen von 60 auf zehn Prozent;
- NRW betreibt beispielhaft die Erfassung aller luftverunreinigender Quellen sowie aller Schadstoffe und veröffentlicht 1972 das erste Emissionskataster in der Bundesrepublik für den Großraum Köln-Leverkusen;
- NRW stellt seit Anfang der 70er Jahre erstmalig in der Welt ein Wirkungskataster auf, in dem durch systematische Erhebungen bestimmte Wirkungen von Luftverunreinigungen an Menschen, Pflanzen und Materialien flächendeckend erfaßt werden;
- NRW rüstet seit 1975 seine Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter mit modernen Meßgeräten zur rationellen und genauen Ermittlung von Lärm aus und richtet seit 1973 Streifendienste und Meßtrupps zur schnellen Erfassung von Umweltbelastungen und von Umweltsündern ein;

- NRW erläßt 1976 den ersten Luftreinhalteplan in der Bundesrepublik für den Großraum Köln-Leverkusen; 1977 folgte der Luftreinhalteplan für den Großraum Duisburg-Oberhausen-Mühlheim.

Die Erfolge können sich sehen lassen:

- im Ruhrgebiet von 1963 bis 1976 eine Verminderung des gesamten Staubbiederschlags von 312.000 t auf 156.000 t;
- im gesamten Überwachungsgebiet eine Verminderung der Schwefeldioxidbelastung seit 1963 um 30 bis 35 Prozent;
- im Ruhrgebiet von 1968 bis 1977 eine Senkung der Belastung an Schwebstaub, der für die Gesundheit der Bevölkerung von besonderer Problematik ist, von ca. 20 Prozent;
- Bei Feuerungsanlagen verminderte sich insgesamt die Feinstaubemission von 1965 bis 1974 um 60 Prozent. Für den Anteil der Industriefeuerungen betrug die Emissionsminderung sogar 70 Prozent. Im Bereich des Hausbrands wurden wesentliche Verbesserungen infolge des Austausches emissionsintensiver Brennstoffe durch umweltfreundlichere erreicht. Die aufgrund einer verschärften Umweltschutzgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen erreichte Verbesserung der Feuerungsanlagen führte auch zu Kosten- und Energieersparnissen bei den Betreibern. Insgesamt gingen die Feststoffemissionen um 54 Prozent zurück.
- Bei neuerrichteten petrochemischen Anlagen wurden durch bauliche Maßnahmen Geräuscheabstrahlungen um 10 bis 12 dB(A) gesenkt. Dies entspricht in einigen Fällen einer Verminderung der Geräuscheintensität von fast 90 Prozent.
- Bei Kraftwerkskühltürmen konnte durch Einbau von Schalldämpfern auf der Ansaugseite die Geräuscheabstrahlung um 10 bis 15 dB(A) gesenkt werden.
- Durch Einhaltung von Schmelzen und durch andere bauliche Maßnahmen mit Dämmwirkung wurden die Geräuschemissionen um fünf bis 10 dB(A), in Einzelfällen sogar um 15 bis 20 dB(A) gesenkt.
- Eine Senkung der Geräuschemission bis zu 20 dB(A) konnte durch bauliche Maßnahmen in Webereien erzielt werden. Dabei wurde erreicht, daß der Bereich für die Überschreitung des Immissionsrichtwertes in der Nachbarschaft von früher 300 m auf 50 m Abstand von der Anlage zurückging.
- Die Geräuschemission bei Baumaschinen, Rasenmähern und ähnlichen Maschinen bzw. Geräten konnte durch Kapselung oder durch konstruktive Veränderungen erheblich vermindert werden. Speziell bei Rasenmähern beträgt die erreichte Minderung 10 dB(A).
- Bei Schmiedehämmern und Pressen wurde durch Abfederung eine Erschütterungsminderung von etwa 80 Prozent erreicht.
- Bei Sprengungen in Steinbrüchen konnten die Erschütterungen durch zeitverzögerte Einzelzündungen um 30 bis 75 Prozent vermindert werden, so daß außerhalb des Sicherheitsabstandes von 300 m keine unzulässigen Erschütterungen mehr auftreten.

Diese Bilanz zusammen mit einer ausgezeichneten Infrastruktur und mit hervorragenden Freizeit- und Kultureinrichtungen kann nicht nachhaltig genug unterstrichen werden. Das Ruhrvier ist weder das "Armenhaus der Nation" noch ein "bedauernswerter Schmutzwinkel".

Seine Sorgen, vor allem die hohe Arbeitslosigkeit, könnten auch dadurch geringer werden, daß Medien objektiver und ausgewogener Land und Leute an der Ruhr beschreiben. Zechen- und Hütten-Nostalgie sind noch lange kein Grund, einem Landstrich Gerechtigkeit zu verweigern.

(-/3.4.1979/hl/lo)

**Mehr Geschichtskennntnisse durch Gesellschaftslehre**  
-----

Rückkehr zum Unterricht alten Stils wäre eine pädagogische Fehlentscheidung

Von Hans Krollmann  
Kultusminister des Landes Hessen

Der Geschichtsunterricht hat an unseren Schulen heute einen höheren Stellenwert als je zuvor. Diese Feststellung scheint mir deshalb gerade jetzt angebracht, weil überall von konservativen Kreisen das Unterrichtsfach Geschichte in seiner isolierten Form wiederentdeckt wird und man mit dem Vorwurf der Geschichtslosigkeit an die Adresse sozialdemokratischer Bildungspolitiker schnell bei der Hand ist.

Die Einbindung des Geschichtsunterrichts in den Lernbereich Gesellschaftslehre, wie beispielsweise an Hessens Schulen, stellt sicher, daß Schüler im Zusammenhang mit Erdkunde und Sozialkunde ein erweitertes historisches Bewußtsein erwerben können. Denn der individuelle Erfahrungsbereich des einzelnen Schülers und die ihn umgebende gesellschaftliche Wirklichkeit verbieten es, den Unterricht wieder in die Schubladen Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde zurückzusortieren.

Die Einbindung der Geschichte in den Lernbereich Gesellschaftslehre dagegen ermöglicht es, beim geschichtlichen Lernen an die Erfahrungen des Schülers anzuknüpfen und Geschichte gegenwartsbezogen zu unterrichten. Auf diese Art macht Geschichtsunterricht heute nach meinem Eindruck wieder viel mehr Spaß als in meiner Schulzeit, als noch das weitgehend beziehungslose Daten- und Faktenwissen im Vordergrund stand. Die Stundentafel für die Mittelstufe für die Klassen 5 bis 10 weist in Hessen folgende Stundenzahl auf: Geschichte: sechs Stunden; Erdkunde: acht Stunden; Sozialkunde: acht Stunden.

Geschichte wird in der Klasse 7 mit zwei Stunden, in den Klassen 8 und 9 epochalisiert mit je einer Stunde und in der Klasse 10 mit zwei Stunden unterrichtet. Nur

In Ausnahmefällen gibt es eine über die Kooperation der drei Fächer hinausgehende Verschmelzung, bei der die drei einzelnen Fächer nicht mehr getrennt ausgewiesen sind, so beispielsweise an den integrierten Gesamtschulen.

In der gymnasialen Oberstufe gehört das Fach Gemeinschaftskunde bereits seit 1963 zum festen Bestand des Fächerkanons. Seine Einrichtung erfolgte auf der Grundlage eines Beschlusses der Kultusminister-Konferenz aus dem Jahre 1962. An der folgenden Zielsetzung, die in dieser Vereinbarung niedergelegt ist, hat sich bis heute nichts geändert: "In der Gemeinschaftskunde soll der junge Mensch in einem angemessenen Umfang lernen, unsere gegenwärtige Welt in ihrer historischen Verwurzelung, mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen, ihren politischen Ordnungen und Tendenzen zu verstehen und kritisch zu beurteilen."

Ziel des Unterrichts im Lernbereich Gesellschaftslehre an unseren Schulen muß es sein, daß kein Schüler die Schule verläßt, ohne die heutige politische und gesellschaftliche Situation aus ihrer Geschichte verstehen zu können.

Der traditionelle Geschichtsunterricht zu Beginn unseres Jahrhunderts war offenbar nicht imstande, die heranwachsenden Staatsbürger aus der Geschichte lernen zu lassen und zu wachsamem Demokraten zu erziehen. Ich bin überzeugt davon, daß heutiger Geschichtsunterricht eher in der Lage ist, staatsbürgerliches Bewußtsein zu bilden und kritische Demokraten zu erziehen. Auch wenn angesichts neuer rechts- und linksfaschistischer Tendenzen in der jungen Generation vor allzu hochgestellten Erwartungen - was die Leistungsfähigkeit von Schule insgesamt betrifft - gewarnt werden muß: Eine Rückkehr zum Geschichtsunterricht alten Stils wäre gerade jetzt eine pädagogische und politische Fehlentscheidung.

(-/3.4.1979/ks/lo)

+ + +